

**Untersuchungen zum deutschen
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard P f i s t e r

**Die wirtschaftliche Eingliederung
der Heimatvertriebenen in Hessen**

Von

Prof. Dr. Gerhard Albrecht

unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1954

Schriften des Vereins für Sozialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 7/II

**SCHRIFTEN
DES VEREINS FÜR SOZIALPOLITIK**

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 7/II

**Untersuchungen zum deutschen
Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem**

Herausgegeben von Prof. Dr. Bernhard P f i s t e r

Zweite Abteilung: EINZELDARSTELLUNGEN

**Die wirtschaftliche Eingliederung
der Heimatvertriebenen in Hessen**

Von Prof. Dr. Gerhard Albrecht
unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard



**VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1954**

Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen

Von

Prof. Dr. Gerhard Albrecht
unter Mitarbeit von H.-W. Behnke und R. Burchard



VERLAG VON DUNCKER & HUMBLOT
BERLIN 1954

Alle Rechte vorbehalten

Copyright 1954 by Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde
Gedruckt 1954 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin SW29

Vorbemerkung

Im Sinne der Problemstellung der vom Verein für Sozialpolitik in Angriff genommenen Gesamtuntersuchung zur deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsfrage ist darauf hinzuweisen, daß die nachfolgende Darstellung nicht, wie so viele bereits vorliegende Arbeiten, die politische, die menschliche und soziale, die — was man auch immer darunter verstehen mag — soziologische Seite des so vieldeutigen Gegenstandes berücksichtigt. Sie beschränkt sich ganz auf die Erfassung der Bemühungen um die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge dort, wo sie nach der Katastrophe, die sie betroffen hat, Aufnahme gefunden haben. Wenn es auch völlig offenkundig ist, daß diese wirtschaftliche Seite des Problems ihre Klärung und Lösung nur im volkswirtschaftlichen Rahmen, und nicht in irgendwelcher regionalen Isolierung finden kann, so rechtfertigt sich doch die auf einzelne Gebietsräume, wie hier denjenigen Hessens, begrenzte Bearbeitung daraus, daß von ihnen nach Lage der gegebenen Umstände die Initiative zur Lösung der schwierigen wirtschaftlichen Aufgaben ausgegangen ist, die durch den Millionenzustrom von ihrer Existenzgrundlage beraubten Menschen aufgeworfen waren. Daß aber eine solche auf ein einzelnes Hoheitsgebiet beschränkte Darstellung nur Bausteine für die Erhellung des vorliegenden wirtschaftlichen Gesamtproblemles zu liefern vermag, ist offensichtlich.

Zu vermerken ist ferner, daß eine lückenlose Darstellung der das Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem berührenden Landesgesetzgebung und der auf ihr fußenden Verwaltungsmaßnahmen nicht als die Aufgabe der vorgelegten Bearbeitung angesehen werden konnte. Die benutzten statistischen Unterlagen entstammen überwiegend den im Lande Hessen selbst gewonnenen Ermittlungen, wie sie auch den Regierungs- und Verwaltungsstellen als Grundlage ihrer Maßnahmen

zur Verfügung gestanden haben. Zur Ergänzung sei auf das zentral überprüfte und ausgewertete Zahlenmaterial des statistischen Teiles der Gesamtuntersuchung verwiesen, der demnächst gleichfalls der Öffentlichkeit übergeben werden wird.

Der nachfolgenden Darstellung liegt eine größere Anzahl von Einzelstudien zu Grunde, die der als Hauptverfasser Genannte auch in dem Bestreben veranlaßt hat, einen möglichst großen Kreis von Studierenden mit den so dringlichen wirtschaftlichen Fragen vertraut zu machen, die durch den Vertriebenen- und Flüchtlingszustrom nach Deutschland aufgeworfen worden sind. Ein Teil dieser Vorarbeiten, die im volkswirtschaftlichen Prüfungsamt und im staatswissenschaftlichen Seminar der Universität Marburg aufbewahrt sind, ist jeweils mit dem Zusatz „ungedruckt“ zitiert worden.

Marburg/Lahn, im Dezember 1953.

G. Albrecht

Inhalt

Vorbemerkung	5
--------------------	---

Erster Abschnitt

Die Heimatvertriebenen in Hessen und ihre Umsiedlung

A. Der Vertriebenenzustrom nach Hessen	9
I. Grundzüge der Wirtschaftsstruktur Hessens	10
II. Der Vertriebenenzustrom und seine Verteilung in Hessen 1946—1952	14
B. Die Umsiedlung der Heimatvertriebenen und ihre Durchführung in Hessen	21
I. Die Bundes-Umsiedlung	24
1. Erste Bundes-Umsiedlungsaktion	25
2. Zweite Bundes-Umsiedlungsaktion	27
3. Beendigung der zweiten Bundes-Umsiedlungsaktion	31
4. Vertriebenen-Umsiedlung und Wohnungsbau	32
5. Dritte Bundes-Umsiedlungsaktion	33
6. Allgemeine Problematik der Umsiedlung	35
II. Die innerhessische Umsiedlung	39
1. Ihre Begründung in der Wirtschaftsstruktur Hessens	39
2. Der Hessenplan	43
3. Ergebnisse des Hessenplanes	52
Annex: Der Schlüchternplan	57

Zweiter Abschnitt

Die wirtschaftliche Eingliederung der Heimatvertriebenen in Hessen

A. Die Eingliederung der wirtschaftlich unselbständigen Vertriebenen ..	62
I. Bevölkerungszunahme in den hessischen Arbeitsamtsbezirken	62
II. Alters- und Geschlechtsgliederung der Vertriebenen	62
III. Verteilung der Beschäftigten auf Einheimische und Vertriebene	65
IV. Verteilung der beschäftigten Einheimischen und Vertriebenen auf die Wirtschafts- und Produktionszweige	69
V. Vertriebenenanteil an der Beschäftigung nach Arbeitsamtsbezirken	71
VI. Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit	73

VII. Anteil der Vertriebenen an der Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen	77
VIII. Verteilung der arbeitslosen Vertriebenen nach Arbeitsamtsbezirken	81
IX. Arbeitslosigkeit der männlichen und weiblichen Vertriebenen nach Arbeitsamtsbezirken	86
X. Allgemeine Würdigung der Arbeitsmarktanalyse	88
B. Die Begründung selbständiger Vertriebenenexistenzen	92
I. Die landwirtschaftliche Ansiedlung von Heimatvertriebenen in Hessen	92
1. Voraussetzungen und Möglichkeiten landwirtschaftlicher Siedlung in Hessen	93
2. Ansässigmachung von Vertriebenen nach dem Flüchtlings-siedlungsgesetz	100
3. Ergebnisse der Eingliederung von Vertriebenen in die hessische Landwirtschaft	106
4. Würdigung und Ausblick	109
II. Die Begründung gewerblicher Vertriebenenbetriebe	118
1. Finanzierung gewerblicher Vertriebenenbetriebe	119
a) Finanzierungsbedürfnisse und -möglichkeiten	119
b) Öffentliche Finanzierungs- und Kredithilfen	121
α) Maßnahmen des Landes Hessen	121
β) Maßnahmen auf Bundesebene	126
γ) Gesamtergebnisse für Hessen	132
c) Würdigung der öffentlichen Finanzierungshilfen	133
2. Hessische Schwerpunkte der Vertriebenen- und Flüchtlings-industrie	140
a) Allgemeine Kennzeichnung der Schwerpunkte	140
b) Die Standortsfrage	148
c) Die Absatzfrage und Konkurrenzbedingungen	158
d) Die soziale Atmosphäre in den Flüchtlingsbetrieben	161
e) Die wirtschaftliche Lage der Vertriebenen- und Flüchtlingsbetriebe und ihre Bedeutung für die hessische Wirtschaft ..	163
3. Die Eingliederung Vertriebener in das hessische Handwerk	169
a) Das hessische Handwerk nach der Handwerkszählung 1949	169
b) Die Eingliederung Vertriebener bis 1949	171
c) Die Eingliederung Vertriebener von Ende 1949 bis Mitte 1953	175

Erster Abschnitt

Die Heimatvertriebenen in Hessen und ihre Umsiedlung

A. Der Vertriebenenenzustrom nach Hessen

Durch den Art. XIII des zwischen den USA, England und Rußland abgeschlossenen sog. Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 ist „die Überführung der deutschen Bevölkerung oder von Bestandteilen dieser, die in Polen, in der Tschechoslowakei und in Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland“ zum Beschluß erhoben worden. Der Alliierte Kontrollrat war auf Grund dessen angewiesen worden, „der gerechten Verteilung dieser Deutschen auf alle Besatzungszonen seine besondere Aufmerksamkeit zu schenken“. Demgemäß legte der Kontrollrat am 20. November 1945 unter Zugrundelegung einer Ausweisungszahl von 3,5 Mill. Personen aus Polen, von 2,5 Mill. aus der Tschechoslowakei, von 0,5 Mill. aus Ungarn und von 0,15 Mill. aus Österreich einen Plan für die Verteilung der Auszuweisenden auf die vier Besatzungszonen fest. Nach ihm hätten in dem Gebiet der drei westlichen Besatzungszonen 3,9 Mill. Vertriebene Aufnahme finden müssen, doch ergab sich auf Grund der Volks- und Berufszählung vom 29. Oktober 1946 bereits für diesen Stichtag eine Vertriebenenanzahl von 5,88 Mill. Personen im Gebiet der heutigen Bundesrepublik¹, davon etwa 2,7 Mill. in der amerikanischen Besatzungszone, in der der Vertriebenenanteil an der Gesamtbevölkerung damals 16,3 % ausmachte². Frankreich, das am Potsdamer Abkommen nicht beteiligt gewesen, dessen Besatzungszone in Deutschland aber in den Verteilungsplan einbezogen worden war, hatte die von ihm besetzten Gebiete den Vertriebenen zunächst verschlossen, so daß deren Zahl hier bis zum Einsetzen der innerdeutschen Umsiedlung³ in den ersten Nachkriegsjahren verhältnismäßig gering blieb. Die Überschreitung der in dem Verteilungsplan zugrunde gelegten Zahlen war dadurch verursacht worden, daß aus den von Polen besetzten deutschen Gebieten östlich der Oder

¹ Wirtschaft und Statistik, N. F., 3. Jhrg., 1951, S. 1103

² Statistische Berichte, herausgeb. vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, vom 25. März 1950.

³ Siehe S. 24 ff.

und der Görlitzer Neiße gleichfalls alle Deutschen verjagt worden waren und daß die Ausweisung der Deutschen auch auf Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und die Baltenländer übergegriffen hatte.

Der für die Verteilung der Vertriebenen in der amerikanischen Besatzungszone auf Grund der Bevölkerungszahl von 1939 ursprünglich vorgesehene Schlüssel (Bayern 50 %, Hessen 27 %, Württemberg-Baden 23 %) wurde durch Beschluß des Länderrates der Zone vom 5. November 1946 unter Zugrundelegung der Wohnraumbestände dahin abgeändert, daß auf Bayern 52 %, auf Hessen 26 % und auf Württemberg-Baden 22 % der einströmenden Vertriebenen entfielen⁴.

Die planmäßigen Transporte der Heimatvertriebenen nach Hessen, das bereits rund 80 000 Flüchtlinge aus den Gebieten des Reiches östlich der Oder-Neiße-Linie aufgenommen hatte, setzten zu Anfang des Jahres 1946 ein und führten dem Lande bis Ende des Jahres mit 374 Transporten 397 185 Menschen zu. Der Höhepunkt des Vertriebenenstromes fiel mit 190 967 Personen in die Monate April bis Juni. Bis Ende des Jahres entfielen von der Gesamtzahl der Transporte 202 mit 214 524 Personen = 54 % auf das industriearme, überwiegend landwirtschaftliche Nordhessen⁵.

Aufgabe der Darlegungen dieses Abschnitts ist es, ein Bild von dem weiteren Zustrom von Heimatvertriebenen nach Hessen und ihrer Verteilung im Lande zu geben. Die Grundlage hierfür hat eine Kennzeichnung Hessens als Wirtschaftsgebiets und — wenigstens in den großen Zügen — der hessischen Wirtschaftsstruktur zu bilden. Die näheren Einzelheiten, besonders zur Charakterisierung der agrarischen Verhältnisse des Landes und der Verbreitung und der besonderen Artung und Bedeutung des hessischen Handwerks werden in späterem Zusammenhange, soweit es die Gesamtdarstellung erfordert, behandelt werden.

I. Grundzüge der Wirtschaftsstruktur Hessens¹

Das am 16. Oktober 1945 neugebildete Land Hessen (zunächst als „Großhessen“ bezeichnet) umfaßt die Gebiete des früheren Volksstaates Hessen (jetzt Regierungsbezirk Darmstadt ohne den Teil Rheinhessens, der links des Rheines gelegen ist und der französischen Besatzungszone zugeschlagen wurde) und der früheren preußischen Provinz Hessen-Nassau (jetzt Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden ohne die Landkreise Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn

⁴ Die Flüchtlinge in Westdeutschland, in: Das deutsche Flüchtlingsproblem, Sonderheft der Zeitschrift für Raumforschung, Bielefeld 1950.

⁵ Das Flüchtlingsproblem in Hessen statistisch beleuchtet, in: Das deutsche Flüchtlingsproblem, a. a. O., S. 66.

¹ Helmut Zick und Hugo Ruppert, Die hessische Wirtschaftsstruktur nach dem zweiten Weltkriege. (1952 — ungedruckt.)

und St. Goarshausen, die der französischen Besatzungszone zugeschlagen wurden). Sein Gebietsumfang beträgt 21 109 qkm. Es gliedert sich verwaltungsmäßig in die drei Regierungsbezirke Wiesbaden (mit der Landeshauptstadt Wiesbaden), Darmstadt und Kassel.

Geographisch bilden die vielen Einzellandschaften eigenen und vielfach gegensätzlichen Gepräges, in die sich das Gesamtgebiet gliedert, zwei in sich geschlossene Großlandschaften, die sich einander ergänzen und gegen die Nachbargebiete deutlich abheben: Nord- und Südhessen. Die Grenzlinie zwischen beiden verläuft in Fortsetzung der unteren Lahn nach Osten am Südhang des Vogelsberges entlang und folgt dann im Raume Schlüchtern der Wasserscheide Rhein-Weser. Hiernach sind das Gießener Becken und der größte Teil des Vogelsberges Nordhessen zuzurechnen, dessen Hauptgebiet das frühere Kurhessen bildet. Südhessen umfaßt etwa 48 % der Gesamtfläche, und zwar im wesentlichen die Gebiete der früheren Provinz Hessen-Nassau und des früheren Volksstaates Hessen (Regierungsbezirk Darmstadt) ohne die Kreise Biedenkopf (Regierungsbezirk Wiesbaden) sowie Alsfeld und Lauterbach (Regierungsbezirk Darmstadt) und ohne die in der französischen Besatzungszone liegenden Teile.

Abgesehen von den fruchtbaren Ebenen im Dreieck Worms-Wiesbaden-Darmstadt, der Wetterau (etwa begrenzt von folgenden Orten: Gießen-Lich-Büdingen-Hanau-Frankfurt-Bad Homburg-Bad Nauheim-Butzbach) und der Lahnsenke um Limburg (mit einem Durchmesser von etwa 40 km) ist das Land bergig und der landwirtschaftlichen Nutzung nur schwer zugänglich. Mit etwa 40 % seiner Gesamtwirtschaftsfläche in forstwirtschaftlicher Nutzung ist Hessen eines der waldreichsten Gebiete Deutschlands.

Im ganzen sind die naturbedingten Wirtschaftsgrundlagen Nordhessens, das weniger gebirgig ist, länger gestreckte Berge mit sanften Hängen, größere Hochflächen und Senken und einige fruchtbare Niederungen aufweist, für die landwirtschaftliche Nutzung günstiger, für die Industriewirtschaft ungünstiger. So ist — von einigen kleineren Basaltgebirgen abgesehen, wo der Wald die Hauptgrundlage des Erwerbes bildet — Nordhessen i. a. Bauernland ohne so ausgeprägte industrielle Konzentrationen wie im Süden des Landes, mit Ausnahme des Gebietes um Kassel, dem die Braunkohlevorkommen von Borken, Frielendorf, Gunterhausen, des Habichtswaldes und von Münden/Weser, ferner Kalklagerstätten und bei Sontra ein Schwerspatvorkommen und östlich von Hersfeld umfangreiche Kalilagerstätten zugute kommen. In dem Gebiete zwischen den Linien Schlüchtern-Lollar-Berleburg einerseits und Sontra-Wabern andererseits sind weder Bodenschätze (außer Steinbrüchen) noch Industrie noch sonstige wirtschaftlich bedeutungsvolle Naturgegebenheiten vorhanden. Nordhessen ist aber